

II- 770 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 474/J

1991-02-15

**ANFRAGE**

der Abgeordneten Petrovic und FreundInnen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend Arbeitersiedlung Leobersdorf

Das große Geschäft mit der Wohnungsnot witterten die Wohnbaufirmen IBH (Immobilien Bau- und Handelsges.m.b.H) und FHG (Franz Hoffer Ges.m.b.H), als sie mit dem Ankauf alter Arbeiterhäuser begannen. So auch Anfang der 80er Jahre in Leobersdorf, wo Menschen, vor allem Ausländer, in die Hände dieser Geschäftemacher getrieben wurden. Von einigen "Anwärtern auf eine Eigentumswohnung" ließ die IBH Kaufanbote unterzeichnen und kassierte horrende Beträge, auch über ÖS 200.000,--. Andere erhielten Mietverträge auf Zeit und mußten bei jeder Verlängerung wieder Einmalzahlungen an die IBH leisten. Mit dem Versprechen, die Häuser zu sanieren und andererseits Startwohungen zu bauen, entlockte die Firma dem Land Niederösterreich und dem Bund Fördergelder. "Saniert" wurde sporadisch, unfachmännisch und auf billigste Art und Weise. Verrechnet wurde jedoch ein Vielfaches dessen, was diese Alibisanierung kostete. Bis Land und Bund aber die Mittel sperrten, war es bereits zu spät - Franz Hoffer, Chef der IBH und der FHG war "unbekannten Ortes verzogen". Erst jetzt wurden die beiden Häuser (Südbahnstraße 45-47) im Zuge einer Zwangsvorsteigerung veräußert. Die von den neuen Hauseigentümern, der Gesellschaft für Wassertechnik (GWT), beauftragte Hausverwaltung Jurai in Baden legte im Herbst 1990 ein baumeisterliches Gutachten vor, das dem Aufenthalt an der Hofseite des Hauses Lebensbedrohlichkeit attestierte. Bürgermeister Gobec reagierte "prompt" und kündigte den Erlaß eines Abbruchbescheides an.

Seit Jahren wird in regelmäßigen Abständen von Presse, Rundfunk und Fernsehen über die Zustände in der Arbeitersiedlung Leobersdorf berichtet. Spätestens seit der "Argumente"-Sendung vom 21.12.1986 sind die Vorgänge einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Als die "Argumente" am 22.8.1990 wieder über Leobersdorf berichteten, zeigte sich, daß absolut nichts geschehen war.

1986 schon kündigte der damalige Bautenminister Übleis an, er werde Ersatzvornahmen durch die Behörden vornehmen lassen. Geschehen ist nichts. Auch die Bezirkshauptmannschaft und der Bürgermeister von Leobersdorf, als Baubehörde erster Instanz waren bisher durch nichts zu bewegen.

In der Südbahnstraße 45-47 in Leobersdorf leben ca. dreißig ausländische Familien, überwiegend langjährige GastarbeiterInnen. Allesamt sind sie integrationswillig. Arbeitsplätze sind vorhanden. Nur ihre Wohnungssituation scheint aussichtslos zu sein.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

**ANFRAGE:**

- 1) In welchem Ausmaß und über welchen Zeitraum wurden vonseiten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten bzw. Bautenressorts Fördermittel zur Verfügung gestellt?
- 2) War die Gewährung dieser Förderungen mit finanziellen Zuwendungen anderer Stellen etwa im Rahmen eines "Förderungspaketes" gekoppelt?
- 3) Wenn ja, mit welchen?
- 4) Wurden diese Mittel tatsächlich gewährt?
- 5) Welche Bedingungen, Auflagen bzw. Verpflichtungen des Förderungsnehmers waren vereinbart; welche Kontrollmechanismen vorgesehen?
- 6) Wie wurde die Einhaltung der vereinbarten Bedingungen, Auflagen und Verpflichtungen des Förderungsnehmers kontrolliert?
- 7) Wie konnte es zu dem nicht widmungsgemäßen Mitteleinsatz und damit zur Täuschung und Schädigung der WohnungswerberInnen kommen?
- 8) Wie hoch ist der finanzielle Schaden für den Bund?
- 9) Sind Sie darüber informiert, wohin die Fördermittel geflossen sind?
- 10) Wenn ja, wohin?
- 11) Welche Schritte sind geplant, um dieser für alle Beteiligten unerträglichen Situation ein Ende zu bereiten?
- 12) Welches konkrete Wohnprojekt sehen Sie für die ca. 30 betroffenen Familien vor?
- 13) Warum wurden von Ihrem Ressort nicht schon längst notwendige Maßnahmen ergriffen?
- 14) In welcher Form werden Sie das unkorrekte Verhalten der Baubehörden erster Instanz (Bezirkshauptmannschaft, Bürgermeister) überprüfen?
- 15) Werden Sie sich um die Rückerstattung der von den Betroffenen angezahlten Beträge kümmern?
- 16) Was werden Sie unternehmen, um ähnliche Vorkommnisse in Zukunft zu verunmöglichen?
- 17) Welche Schritte ihres Ressorts sehen sie vor, um die nicht zuletzt durch den durch die öffentlichen Förderungsleistungen erleichterten Mißbrauch des Vertrauens der WohnungswerberInnen zumindest teilweise wieder gut zu machen?

- 18) Bei drohenden Schäden für WohnungswerberInnen durch den finanziellen Niedergang der anbietenden Wohnbaufirmen bzw. - unternehmungen wurde in der Vergangenheit stets getrachtet durch teilweise sehr "unkonventionelle" Rettungsaktionen der öffentlichen Hand eine direkte Beeinträchtigung von WohnungswerberInnen, die bereits Leistungen im Vertrauen auf den Erwerb einer Wohnung bzw. eines dauernden Titels zur Nutzung einer Wohnung erbracht hatten, zu verhindern (z.B. Fa. Mischek/WBG). In diesem Fall wurde die Schädigung der (ausländischen und nicht rechtskundigen) WohnungswerberInnen durch den in den Förderungen zum Ausdruck kommenden Vertrauensvorschuß wesentlich erleichtert. Halten Sie es in diesem Lichte für angebracht, daß die öffentliche Hand im Interesse der Betroffenen, die als langjährige GastarbeiterInnen ganz besonders dringend von einem ortsüblichen Quartier abhängig sind (Bedingung der Arbeitserlaubnis und der Aufenthaltsgenehmigung) umgehend Möglichkeiten einer Hilfestellung prüft?
- 19) In Leobersdorf gibt es auch noch zahlreiche von InländerInnen bewohnte Elendsquartiere. Könnten Sie sich ein öffentlich gefördertes Projekt zur Behebung dieser dringendsten Mißstände (d.h. mit etwa 50-60 Kleinwohnungen) vorstellen, das auch Pilotcharakter als soziales Integrationsprojekt für langjährige GastarbeiterInnen (und SteuerzahlerInnen) hätte?